

Endliche Ressourcen müssen Geld kosten

Das Beispiel des lebenswichtigen Rohstoffs Phosphor: Wie Abgaben oder Zertifikatmärkte die Gerechtigkeit fördern (Süddeutsche Zeitung vom 27.05.2010, S. 18)

Von Felix Ekardt

Bei schwindenden Ressourcen und drastischen Umweltschäden denken viele an den Klimawandel. Es gibt aber ein weiteres wichtiges Thema: Der Menschheit geht die lebenswichtige, für die Nahrungsproduktion unentbehrliche Ressource Phosphor aus. Phosphor ist das vielleicht größte Problem endlicher Ressourcen neben den fossilen Brennstoffen. Phosphor ist ein Kernbestandteil von mineralischem Dünger und damit der modernen Landwirtschaft. Schätzungen zufolge werden die globalen Rohphosphatreserven in 50 bis 100 Jahren erschöpft sein.

Dennoch wird Phosphor heute massiv verschwendet: Besonders die Viehwirtschaft und der hohe Fleischkonsum in westlichen Ländern verbrauchen im Futtermittelanbau große Mengen davon. Denn eine tierische Kalorie braucht vier bis zwölf pflanzliche Futtermittel-Kalorien, um erzeugt zu werden. Außerdem ist die mit der Viehwirtschaft anfallende tierische Gülle ein Umweltproblem. Sie kann zwar manchmal den Dünger ersetzen. Die gedüngten Pflanzen können jedoch die großen Mengen nicht aufnehmen. Dadurch schädigt die Gülle Böden und Gewässer. Die Algenblüte in Meeren ist eine sichtbare Folge.

Die Politik ignoriert Phosphor als Ressourcenproblem bisher weitgehend. Die für das Umweltrecht typischen Verbote oder Effizienzregeln können ein Mengenproblem wie das beim Phosphor ohnehin nie lösen. Typisch fürs Umweltrecht sind etwa die zarten Ansätze, eine bestimmte zulässige Einsatzmenge von Phosphor pro Pflanze oder pro Ackerfläche vorzuschreiben. Solche Ansätze übersehen jedoch eine Kerneinsicht, an der die gesamte Umweltpolitik oft vorbeigeht: Gebote, pro Pflanze weniger zu düngen, bringen nicht die nötige deutliche Verringerung der Einsatzmengen, wenn gleichzeitig die Weltagrarpromission weiter steigt. Dies geschieht etwa durch Bioenergiepflanzen für den Tank oder einen steigenden globalen Fleischkonsum.

Die für das Umweltrecht so typische, verkürzende Betrachtung vom Einzelfall her übersieht also einen „Rebound-Effekt“. Anders ausgedrückt, blendet die Politik schlicht aus, dass viele kleine Einzelhandlungen in der Summe ökologisch-ressourcenpolitisch fatale Folgen haben können. Deshalb lässt sich das Ganze auch nicht rein technisch lösen: etwa indem man mit Gentechnik Pflanzen züchtet, die mit ein paar Prozent weniger Dünger auskommen. Die weltweit steigende Anbaumenge würde diesen Effekt einfach auffressen. Technik und Effizienz reichen also nicht, wenn die Welt gleichzeitig immer reicher wird. Und wer wollte den Indern vorschreiben, dass sie nicht leben dürfen wie wir? Das gilt übrigens auch im Klimaschutz: Spritärmere Auto reichen nicht, wenn gleichzeitig weltweit immer mehr Menschen Auto fahren.

Nur eine weltweit verringerte Phosphor-Einsatzmenge würde wirklich die nötige Ressourcenschonung erreichen und damit zugleich die Umwelt schützen. Eine solche globale Mengensteuerung könnte über eine globale Phosphor-Abgabe oder einen globalen Zertifikatsansatz gelingen. Der Zertifikatsansatz funktioniert wie der Emissionshandel beim Klima: Man gibt eine

zulässige globale Phosphormenge vor und versteigert diese Phosphor-Nutzungszertifikate, wobei die Menge schrittweise sinkt.

Die Landwirte könnten die damit steigenden Düngemittelkosten an die Verbraucher weiterreichen. Damit würden die Lebensmittelpreise an der Ladentheke die ökologische und ressourcenpolitische Wahrheit sagen: Tierische Produkte würden teurer und seltener, Lebensmittel würden sparsamer verwendet werden. Phosphor-Kreisläufe wie im Ökolandbau mit geringen Tiermengen pro Hof würden die Regel werden. Und bei hohen Phosphor-Preisen rechnet sich auch eine Düngung mit aufwendig gereinigten Klärschlämmen.

Das Ganze funktioniert ohne das nahezu unlösbare Vollzugsproblem, das einzelne Verbote oder Effizienzregeln hätten: Individuelle Verbote für den einzelnen Bauern kann wegen der Vielzahl der Betroffenen niemand wirksam durchsetzen. Die Vision eines „Polizisten auf jedem Traktor“ wäre naturgemäß kaum realisierbar. Ohne Überwachung verhalten sich die Bauern aber oft nicht umweltkonform. Kurzsichtige Gewinninteressen sind oft zu stark. Daher die Mengensteuerung, die Bauern und Verbraucher über den Düngerpreis von selbst zum Sparen motiviert.

Das hieße aber auch: unser Leben verändert sich. Dies kann jedoch eine große Chance sein, etwa für unsere Gesundheit. Zudem ist der westliche Lebensstil, mit hohem Fleischkonsum und Biosprit vom Acker, damit alle weltweit täglich Auto fahren können, schlicht keine gangbare Alternative. Nur Begrenzung sichert eine Zukunft und gibt weltweit allen eine Chance. Futtermittelimporte aus Ländern, in denen die Menschen hungern, gäbe es dann nicht mehr.

Die Einnahmen aus einer globalen Phosphorabgabe oder einer Zertifikatversteigerung könnten außerdem genutzt werden, um sozial Schwächere hierzulande sowie die Entwicklungsländer für höhere Lebensmittelpreise zu entschädigen. Mengensteuerung wahrt also die Gerechtigkeit. Billige Ressourcen dagegen gehen zu Lasten der Entwicklungsländer und künftiger Generationen.

Die Mengensteuerung wäre zugleich unbürokratischer und demokratischer als Verbote: Denn so trifft der Gesetzgeber eine glasklare Entscheidung, die jeder diskutieren und verstehen kann. Dann ist nicht mehr die Verwaltung der eigentliche „Chef“, die einen Wust undurchsichtiger Umweltnormen erst einmal konkretisieren und durchsetzen muss. Allerdings sollte die Mengensteuerung global ansetzen: Sonst verbrauchen die einen das Phosphor, das die anderen einsparen.

Das Problem ist nur: Vielen Bauern, Bürgern und Politikern wird all das nicht gefallen: Überkommene Ideen wie Produktionssteigerung, niedrige Lebensmittelpreise und technische Lösungen sind sehr einflussreich. Ferner hindern uns menschliche Grundeigenschaften wie eine meist auf das Hier und Jetzt fokussierte Emotionalität sowie Neigungen zu Gewohnheit, Verdrängung und Bequemlichkeit oft, eine langfristige und unsichtbare Problematik wie Phosphormangel oder auch Klimawandel wirklich anzupacken. Hier müssen wir dazulernen. Nur so entsteht ein dauerhaft und global lebbarer, also nachhaltiger Entwicklungspfad.

Felix Ekardt ist Professor für Umweltrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Rostock und leitet die Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik.